

Philip Whyte **Müheloser
Wahlsieg
der Labour Party
in Großbritannien**

Mit großer Mehrheit haben die Briten der seit wenigen Jahren regierenden Labour Party unter Tony Blair in den Parlamentswahlen vom 7. Juni des Jahres den Rücken gestärkt – ein Umstand, der jedoch keineswegs als Anerkennung überragender politischer Leistungen gedeutet werden darf. Neben der denkbar geringen Wahlbeteiligung profitierte Labour vor allem vom desolaten Zustand der konservativen Opposition, deren glücklos operierende, populistisch auftretende Führungsriege der Partei eine weitere Schwächung ihres ohnehin seit Jahren dürftigen Rückhalts in der Bevölkerung eingebracht hat. Für Blair besteht indes kaum Grund zur Sorglosigkeit: Seine in der Vergangenheit in vielen Fragen – MKS, Probleme im Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturbereich – gezeigte Konzeptionslosigkeit könnten die Briten bei der nächsten Wahl strenger bewerten. Wenn sich zudem eine erneuerte konservative Opposition als glaubhafte Alternative zu Labour präsentiert, ist ein dritter Sieg Blairs keineswegs mehr so selbstverständlich, wie die Linke in Grossbritannien derzeit zu glauben scheint.

Bei der Parlamentswahl am 7. Juni, einer der berechenbarsten Wahlen seit Menschengedenken, konnte sich die bislang regierende Labour Party wiederum die überwältigende Mehrheit der Stimmen im Parlament sichern. Der geringere Stimmenanteil von 40,8 Prozent (gegenüber 44,1 Prozent bei den letzten Parlamentswahlen 1997) macht sich sowohl bei der Anzahl der Sitze im Parlament als auch bei der daraus resultierenden Mehrheit kaum bemerkbar. Die Launen des in Großbritannien herrschenden Mehrheitswahlrechts sind dafür verantwortlich, dass die Labour-Partei nunmehr 413 der 659 Sitze im House of Commons (dem Unterhaus) innehat – nur fünf weniger als die 418 Sitze, die sie 1997 für sich gewinnen konnte. Damit verfügt die Labour-Partei über eine parlamentarische Mehrheit von 167 Stimmen; das sind nur zehn weniger als die Mehrheit von 177 Sitzen, über die sie nach den Wahlen von 1997 verfügte. Das Ergebnis ist für die Partei und ihren Führer, Tony Blair, in mancher Hinsicht von historischer Bedeutung. Die Labour-Partei wurde nämlich nicht nur zum ersten Mal in der politischen Geschichte des Landes wiedergewählt, sie verfügt auch über die größte Mehrheit, die jemals eine regierende Partei bei ihrer Wiederwahl auf sich vereinigen konnte.

Wie auch 1997 bot die Conservative Party kein gutes Bild. Der Stimmenanteil der Partei bei den Wahlen von 1997 war der niedrigste seit 1832. Diesmal lag er zwar höher, aber er stieg lediglich um 1,1 Prozentpunkte auf 31,8 Prozent. Im Vergleich zu der vorigen Parlamentswahl reichte dies nur für einen Nettozuwachs von einem Sitz. Wie bei den letzten

■ Die Wahlergebnisse

	1997		2001	
	Anteil in %	Sitze	Anteil in %	Sitze
Labour	44,1	418	40,8	413
Konservative	30,7	165	31,8	166
Liberaldemokraten	16,8	46	18,3	52
Andere Parteien*	8,4	30	9,1	31
<i>Hierzu gehören:</i>				
Scottish National Party	entf.	6	entf.	5
Plaid Cymru**	entf.	4	entf.	4
Unionisten***	entf.	13	entf.	11
Social Democratic & Labour***	entf.	3	entf.	3
Sinn Fein***	entf.	2	entf.	4

Quelle: House of Commons.

* Einschließlich des Parlamentspräsidenten, der nicht als Parteimitglied gilt.

** Die nationalistische Partei von Wales.

*** Parteien in Nordirland.

Wahlen erhielt die konservative Partei hauptsächlich Unterstützung von Wählern in ländlichen Wahlkreisen in England. Dank der Maul- und Klauenseuche konnte sie zwar in Schottland einen Sitz hinzugewinnen, aber in Wales versagte die Partei in dieser Hinsicht, und auch in den städtischen Ballungszentren in Großbritannien kam sie kaum voran. So erhielt sie in Greater London nur 13 von 73 Sitzen. In Merseyside, Greater Manchester, West and South Yorkshire (das Gebiet, in dem mit Liverpool, Manchester, Sheffield und Leeds einige der größten Städte in Großbritannien liegen) erhielt sie lediglich einen von 83 möglichen Sitzen; und in Zentralschottland (ein Gebiet, in dem Glasgow und Edinburgh liegen) erhielt sie von 41 Sitzen keinen einzigen. Die Niederlage der konservativen Partei hatte historische Ausmaße: Noch nie zuvor hatte sie bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen einen solchen Erdrutsch erlebt.

Alle Erwartungen übertroffen haben die Liberal Democrats, die im Verlauf der einen Monat dauernden Kampagne stetig an Rückhalt gewannen. Zu Anfang des Wahlkampfes zeigten die Meinungsumfragen noch einen Anteil von 14 Prozent für die Liberaldemokraten, aber am Wahltag selbst erhielt die Partei 18,3 Prozent aller Stimmen, 1,5 Prozentpunkte mehr als 1997. Die Partei gewann sechs Sitze hinzu und konnte so ihre Vertretung im Parlament

auf 52 Abgeordnete ausbauen. Für die Partei war dies eine respektable Leistung, und für ihren Führer, Charles Kennedy, war es eine Bestätigung seines jovialen, unaufgeregten Führungsstils. Vor dem Beginn der Kampagne war Charles Kennedy kaum bekannt, aber in ihrem Verlauf stieg seine persönliche Beliebtheit stark an. Zwar konnte die Partei nicht ganz so viele Sitze hinzugewinnen, wie es von den Umfragen direkt nach den Wahlen her den Anschein hatte, aber sie hatte doch einige bemerkenswerte Erfolge in traditionell konservativen Hochburgen zu vermelden, wie zum Beispiel in Guildford. Die Hälfte aller Abgeordneten der Partei stammt aus dem Süden und besonders aus dem Südwesten, aber die Karte der Wahlen zeigt, dass die Liberaldemokraten auch in Wales und in den ländlichen Teilen Schottlands Erfolge zu verzeichnen hatten.

■ **Das Mandat der Labour-Partei ist nicht so stark wie es scheint**

■ **Man könnte sich von dem Ausmaß des Sieges der Labour-Partei durchaus zu dem Schluss verleiten lassen, die Partei habe ein starkes Mandat für eine zweite Amtszeit erhalten, aber das ist nicht der Fall.**

Man könnte sich von dem Ausmaß des Sieges der Labour-Partei durchaus zu dem Schluss verleiten lassen, die Partei habe ein starkes Mandat für eine zweite Amtszeit erhalten, aber das ist nicht der Fall. Das Auffallendste an den Parlamentswahlen war nämlich die außergewöhnlich geringe Wahlbeteiligung von unter 60 Prozent; ein Wert, wie er seit 1918 nicht mehr erreicht worden war. Diese geringe Wahlbeteiligung bedeutet, dass die Labour-Partei von nicht mehr als 25 Prozent der Wähler aktiv unterstützt wurde – wiederum der niedrigste Wert seit 1918. Anders ausgedrückt: Die Zahl derjenigen, die nicht zur Urne gingen, liegt genauso hoch wie die Zahl derer, die sich für die siegreiche Partei entschieden. Die meisten führenden Politiker der Labour-Partei versuchten dann auch, der geringen Wahlbeteiligung jegliche Bedeutung abzusprechen. Am selbstzufriedensten und uneinsichtigsten gab sich dabei Jack Straw, der erklärte, der hohe Anteil an Stimmenthaltungen sei auf die Zufriedenheit großer Teile der Wählerschaft zurückzuführen. Gordon Brown wiederum behauptete, dass auch in anderen Ländern Europas ein ähnliches Nachlassen der Wahlbeteiligung festzustellen sei, und dass die Situation in Großbritannien in diesem größeren Zusammenhang gesehen werden müsse.

Zwar hat diese Ansicht einiges für sich, aber sie kann doch nicht ganz erklären, warum sich die Wahlbeteiligung seit 1997, als sie schon den niedrigsten Wert seit mehr als 50 Jahren erreicht hatte, nochmals so rasant verringert hat. Andere Gründe sind mit dafür maßgebend, so zum Beispiel die weit verbreitete Ansicht, der Ausgang der Wahlen stehe von vornherein fest. Zudem gab es bei dem in Großbritannien herrschenden Mehrheitswahlrecht kaum einen Anreiz zur Stimmabgabe in Wahlkreisen, in denen das Ergebnis offensichtlich von vornherein feststand. Wie nicht anders zu erwarten, war die Wahlbeteiligung in Wahlkreisen ohne gesicherte Mehrheitsverhältnisse viel höher als in den sogenannten sicheren Wahlkreisen. Ein weiterer Grund für die geringe Wahlbeteiligung liegt darin, dass die Wähler mit ihrer Wahlverweigerung Protest einlegen wollten. Untersucht man die einzelnen Wahlkreise, so ergibt sich, dass die Wahlbeteiligung in den Hochburgen der Labour-Partei am niedrigsten war. In vielen für Labour sicheren Wahlkreisen sank die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent und erreichte in einem dieser Wahlkreise, Liverpool Riverside, sogar nur 34 Prozent – ein bis dahin in keiner Parlamentswahl erreichter Wert. Ein plausibler Grund für die geringe Wahlbeteiligung in den für Labour sicheren Wahlkreisen wäre die Annahme, dass viele der treuesten Labour-Parteigänger lieber zu Hause blieben, um so ihrer Enttäuschung über die bisherigen Entscheidungen der Regierung im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen Ausdruck zu verleihen (genau das Gegenteil von dem, was Mr. Straw in seiner Erklärung annimmt).

Außer den bereits genannten Gründen ist die geringe Wahlbeteiligung auch für das bei den Wählern wachsende Gefühl der Entfremdung gegenüber dem politischen Prozess symptomatisch. Aus einer Meinungsumfrage, die das Marktforschungsinstitut ICM für die BBC durchführte, geht hervor, dass für die Enthaltungen verschiedene Gründe maßgeblich waren. 53 Prozent begründeten ihr Verhalten damit, dass das Ergebnis von vornherein nicht in Zweifel gestanden habe; 65 Prozent gaben an, sie hätten „kein Vertrauen zu Politikern“, und 77 Prozent meinten, dass ja doch nur „alles beim Alten“ bliebe. Im ganzen Lande machte sich diese Apathie bei den Jüngeren

■ Ein Grund für die geringe Wahlbeteiligung liegt darin, dass die Wähler mit ihrer Wahlverweigerung Protest einlegen wollten.

weit stärker bemerkbar als bei den Älteren (in der Altersgruppe von 18 bis 24 machten sich nur 38 Prozent die Mühe, zur Wahlurne zu gehen). Zwar ist dieses Gefühl der Entfremdung von der Politik keineswegs auf das Vereinigte Königreich beschränkt, aber es wirkt dadurch nicht weniger besorgniserregend, dass es im gesamteuropäischen Trend liegt. Damit erhöht sich nämlich nicht nur das Risiko, dass sich die Wähler dazu verleiten lassen könnten, einem „Systemaußenseiter“ wie der weit rechts außen angesiedelten British National Party (die in einem Wahlbezirk in Oldham einen Stimmenanteil von 16 Prozent erreichte) ihre Stimme zu geben, sondern es steigt auch der Appetit auf direkte Maßnahmen, wie sie im vergangenen Jahr in verschiedener Form von Antikapitalisten, Umweltschützern, Landwirten und Speditoren unternommen wurden.

■ **Die Labour-Partei hat ihren Sieg keineswegs der Begeisterung der Wähler für ihre bisherige Arbeit zu verdanken. Obwohl viele der Partei wirtschaftliche Führungskompetenzen bescheinigen, wächst doch die Frustration darüber, dass sie weder mehr in das chronisch unterfinanzierte Bildungs- und Gesundheitswesen noch in das immer hinfalliger werdende Schienennetz des Landes mehr investiert.**

Die Labour-Partei hat also ihren Sieg keineswegs der Begeisterung der Wähler für ihre bisherige Arbeit zu verdanken. Obwohl viele der Partei wirtschaftliche Führungskompetenzen bescheinigen, wächst doch die Frustration darüber, dass sie weder mehr in das chronisch unterfinanzierte Bildungs- und Gesundheitswesen noch in das immer hinfalliger werdende Schienennetz des Landes mehr investiert. Labour hat wohl auch deswegen den Sieg davongetragen, weil die konservative Partei als einzig maßgebliche Alternative in den Augen der Wähler immer noch diskreditiert ist. In den umkämpften Wahlbezirken übten Ressentiments gegenüber den Konservativen genau wie 1997 einen bedeutenden Einfluss aus. Wenn überhaupt taktisch gewählt wurde, dann hauptsächlich von den Wählern der Labour-Partei und der Liberaldemokraten; die Leidtragenden waren fast immer die Kandidaten der konservativen Partei. Der Sieg der Labour-Regierung bedeutet also keineswegs eine besondere Anerkennung für ihre Leistungen während ihrer ersten Amtszeit; sie erhielt in Ermangelung einer glaubwürdigen Alternative lediglich noch einmal eine Chance.

■ **Das Kabinett wird umgestellt**

Tony Blairs erste Amtshandlung nach seiner Wiederwahl war eine Kabinettsumstellung, wobei die überraschende Ablösung von Robin Cook durch Jack

Straw als Außenminister das größte Aufsehen erregte. Mr. Straws bisherige Position als Innenminister wurde von Bildungsminister David Blunkett übernommen, dessen Position wiederum von Estelle Morris übernommen wurde. Zur Ministerin für Handel und Industrie wurde Patricia Hewitt ernannt, während ihr Vorgänger, Stephen Byers, als Minister die Verantwortung für den Verkehr, die Kommunen und die Regionen übernahm, ein erst kürzlich neu gebildetes Ministerium, das bis dahin von dem stellvertretenden Premierminister John Prescott geleitet worden war. Mr. Prescott behielt zwar sein Amt als stellvertretender Premierminister, musste aber seine Richtlinienkompetenz abgeben und übernahm dafür eine koordinierende Rolle als Staatsminister für die Kabinettskanzlei. Margaret Beckett wurde als Leiterin des neu eingerichteten Ministeriums für Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft eingesetzt, das an die Stelle des diskreditierten Ministeriums für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung treten soll. Der bisherige Landwirtschaftsminister Nick Brown wurde degradiert und übernahm als parlamentarischer Staatssekretär das Ressort für Arbeit.

Wie allgemein erwartet, blieb der einflussreiche Finanzminister Gordon Brown genauso im Amt wie Verteidigungsminister Geoff Hoon. Auch Sozialminister Alistair Darling behielt seinen Posten, aber er leitet jetzt ein umstrukturiertes und erweitertes Ministerium für Arbeit und Renten, das die Beschäftigungsabteilung des früheren Ministeriums für Bildung und Beschäftigung in sich aufnehmen soll. Bei den Staatssekretären fanden noch weitergehende Umstellungen statt: Es wurden nicht weniger als 23 parlamentarische Staatssekretäre neu ernannt und 18 entlassen. Der offensichtlichste Kandidat dafür war der umstrittene Staatssekretär für Europa, Keith Vaz, der durch Peter Hain ersetzt wurde, der bislang Staatssekretär im Handels- und Industrieministerium gewesen war. Bei den 23 Neuernennungen gab es auch einige Überraschungen, wie zum Beispiel die Rückberufung von drei Ministern, die zuvor entlassen worden waren. Die prominenteste dieser Persönlichkeiten ist Harriet Harman, die im ersten Kabinett Blair von 1997 bis 1998 vorübergehend Staatssekretärin für soziale Sicherheit gewesen war und nun

■ **Tony Blairs erste Amtshandlung nach seiner Wiederwahl war eine Kabinettsumstellung, wobei die überraschende Ablösung von Robin Cook durch Jack Straw als Außenminister das größte Aufsehen erregte.**

■ Insgesamt gesehen war die Kabinettsumbildung und die damit einhergehende Umorganisation einzelner Ministerien die weitreichendste Maßnahme dieser Art seit den sechziger Jahren.

der neuen Regierung als zweite Kronanwältin angehört.

Insgesamt gesehen war die Kabinettsumbildung und die damit einhergehende Umorganisation einzelner Ministerien die weitreichendste Maßnahme dieser Art seit den sechziger Jahren. Nach außen hin hatte sie ein klares Ziel, nämlich den Regierungsapparat auf eine kritische Phase der Verwirklichung politischer Zielsetzungen vorzubereiten. Nach einer Amtszeit von mehr als vier Jahren und einer Wahlkampagne, in deren Verlauf die Frustration der Wähler über den erbärmlichen Zustand des Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesens öffentlich zutage trat, ist sich Mr. Blair bewusst, dass seine Regierung nicht länger ihre Fehlleistungen dem konservativen Erbe anlasten und die Wähler mit Versprechungen über baldige Steigerungen der Regierungsausgaben hinhalten kann. Man erwartet jetzt von seiner Regierung greifbare Verbesserungen der staatlichen Dienstleistungen, und man wird seine zweite Amtszeit danach bewerten, ob diese Verbesserungen tatsächlich erfolgt sind. Die Tatsache, dass die parlamentarische Mehrheit der Labour-Partei so groß und die konservative Opposition so schwach ist, vergrößert nur noch die Bedeutung greifbarer politischer Maßnahmen und macht es gleichzeitig der Regierung unmöglich, sich irgendwie herauszureden, falls sie versagen sollte.

Andererseits nährt die Ziellosigkeit der Umorganisationsmaßnahmen den Verdacht, dass sie auf anderen, weniger lobenswerten Motiven beruhen als dem Wunsch, mehr politische Leistung zu zeigen – vielleicht hatten ja Rivalen auch noch offene Rechnungen zu begleichen. Jedenfalls ist eine solch weitreichende Umorganisation möglicherweise sogar eher geeignet, wirksames politisches Handeln zu behindern, als es zu fördern. Die neue Struktur wird nicht nur Zeit brauchen, sich zu setzen, sondern sie könnte auch einiges Durcheinander bei den Zuständigkeiten verursachen und zu Grabenkriegen zwischen Ministern führen, deren Zuständigkeitsbereiche sich teilweise überdecken. So ist zum Beispiel die Verantwortung für die Regionalpolitik unter nicht weniger als vier verschiedenen Ministerien aufgeteilt. Zwar trägt die neue Ministerin für Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft, Margaret Beckett, die Verantwortung für

die Umweltpolitik insgesamt, aber merkwürdigerweise nicht für die Klimaveränderung, die sich Mr. Prescott vorbehalten hat. Auch der größere Einfluss der Kabinettskanzlei bei der Umsetzung politischer Richtlinien könnte zu Reibungen führen, und zwar sowohl mit den einzelnen Fachministerien als auch mit dem Schatzamt. Dabei überwacht das Finanzministerium bereits die Arbeit der einzelnen Ministerien mit Hilfe sogenannter „Übereinkünfte für den öffentlichen Dienst“, die von den einzelnen Ministerien die Einhaltung bestimmter, im Voraus vereinbarter Zielvorgaben verlangen, bevor ihr Etat freigegeben wird.

■ Die zweite Amtszeit der Regierung

In ihrer ersten Amtszeit wurde die Labour-Regierung oft als vorsichtig beschrieben. Ganz stimmt das nicht. So ist zum Beispiel mit dem Programm der Labour-Regierung zur Verfassungsreform das politische System des Landes so gründlich überholt worden wie seit mehr als einem Jahrhundert nicht, und die Auswirkungen dieser Maßnahme sind ebenso weitreichend wie langlebig. Richtig ist jedoch, dass die Regierung in ihrer ersten Amtszeit in vielen Bereichen der Politik eher um Beruhigung als um radikale Lösungen bemüht war. Hochfliegende Pläne wurden durch den Wunsch behindert nachzuweisen, dass man einer Labour-Regierung Kompetenz bei der Machtausübung durchaus zutrauen könne. Trotz einiger unvermeidlicher Ausrutscher, durch die der gute Ruf der Regierung geschädigt wurde – hierzu zählen das Fiasko mit dem Millennium Dome, die Proteste gegen die hohen Benzinpreise, die für kurze Zeit alles im Land zum Stillstand brachten, und der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche – geht aus den makroökonomischen Eckwerten hervor, dass Labour tatsächlich Erfolg hatte: Die Wirtschaft ist mit einem Jahresdurchschnitt von 2,8 Prozent gewachsen, ein Wert, der über dem langfristigen Durchschnittswert liegt, die Arbeitslosenzahlen sind so niedrig wie seit Mitte der siebziger Jahre nicht mehr, die Inflationsrate ist geringer als irgendwo anders in der Europäischen Union, die kurz- und langfristigen Zinssätze haben ihren niedrigsten Stand seit einem Menschenalter erreicht, und die Lage der öffentlichen

■ In ihrer ersten Amtszeit wurde die Labour-Regierung oft als vorsichtig beschrieben. Ganz stimmt das nicht. So ist zum Beispiel mit dem Programm der Labour-Regierung zur Verfassungsreform das politische System des Landes so gründlich überholt worden wie seit mehr als einem Jahrhundert nicht, und die Auswirkungen dieser Maßnahme sind ebenso weitreichend wie langlebig.

■ Die große Frage, die sich im Zusammenhang mit der zweiten Amtszeit der Labour-Regierung stellt, ist die: Wird sie auch weiterhin nach einem allgemeinen Konsens regieren, oder wird sie die Vorsicht, die hier und da während ihrer ersten Amtszeit zu beobachten war, hinter sich lassen und allmählich den Status quo in Frage stellen?

Kassen hat sich vom Defizit zum Überschuss gewandelt.

Die große Frage, die sich im Zusammenhang mit der zweiten Amtszeit der Labour-Regierung stellt, ist die: Wird sie auch weiterhin nach einem allgemeinen Konsens regieren, oder wird sie die Vorsicht, die hier und da während ihrer ersten Amtszeit zu beobachten war, hinter sich lassen und allmählich den Status quo in Frage stellen? Anders ausgedrückt: Wird Labour dereinst in den Geschichtsbüchern als eine Regierung verzeichnet stehen, die das Schicksal des ganzen Landes wendete, oder aber als eine zögerliche Regierung, die sich in ihrem eigenen unsicheren Streben nach Ökumene verstrickte? Dabei hängt vieles davon ab, welche Antwort sie auf zwei richtungsweisende Fragen gibt, denen sie sich in ihrer zweiten Amtsperiode gegenüber sieht, nämlich zunächst der Frage der Änderungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die erforderlich sind, um die Grundversorgung im Bereich der Gesundheitsfürsorge und der Bildung zu sichern, und zum Zweiten der Frage des Verhältnisses Großbritanniens zur Europäischen Union und besonders zur Einheitswährung. Auf beide Fragen werde ich im Folgenden näher eingehen.

Die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen

Die Enttäuschung über die erste Amtszeit der Labour-Regierung gründet sich besonders unter ihren eingefleischten Parteigängern auf die Tatsache, dass die Regierung bei der Rehabilitierung jahrelang finanziell vernachlässigter öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheitsfürsorge, Bildung und Verkehr versagt hat. Im Wahlkampf 1997 konnte Mr. Blair noch politisches Kapital aus der Unruhe schlagen, die sich in der Öffentlichkeit angesichts der immer krasserer Lücken im Angebot der staatlichen Dienstleistungen verbreitete und dabei vehement den Anspruch erheben, dass nur Labour die Rettung bringen könne. Dann aber traf die Labour-Regierung eine Entscheidung, die sich für ihre erste Amtszeit als kritisch erweisen sollte: Während der ersten beiden Jahre ihrer Amtsperiode hielt sie sich an die von der alten konservativen Regierung festgelegten engen Grenzwerte für staatliche Ausgaben. So kam es, dass die Staatsausgaben von 1997 bis 1999 abrupt von 41 Prozent auf knapp 38 Prozent des Bruttoinlands-

produkts fielen. Dieser Wert ist der niedrigste, der in Großbritannien seit 1963/64 erreicht wurde; zudem liegt er beträchtlich unter dem in den meisten anderen westeuropäischen Ländern üblichen Niveau von 45 bis 50 Prozent.

Als die von den Konservativen festgelegten Begrenzungen für die Ausgaben der öffentlichen Hand 1999 außer Kraft traten, entledigte sich die Labour-Regierung dieser Zwangsjacke und kündigte eine massive Erhöhung der Staatsausgaben für den Dreijahreszeitraum bis zum April 2001 an, wobei die Mehrausgaben – wie nicht anders zu erwarten – zum großen Teil den Bereichen Gesundheitsfürsorge, Bildung und Verkehr zukommen sollten. Im Juli letzten Jahres wurde für die Staatsausgaben ein weiterer Dreijahresplan angekündigt, der bis zum April 2004 in Kraft bleiben soll, wobei auch hier wiederum beträchtliche Steigerungen der Ausgaben für Gesundheitsfürsorge, Bildung und Verkehr vorgesehen sind. Mit der für sie charakteristischen Übertreibung rühmte sich die Regierung, die öffentlichen Ausgaben würden im Rahmen ihrer Planung schneller steigen als zu jeder anderen Zeit seit dem Beginn der entsprechenden schriftlichen Aufzeichnungen. In einer nicht weniger typischen Reaktion verurteilte die konservative Opposition die Ausgabensteigerungen als verantwortungslose Verschwendung. Beide Behauptungen sind irreführend. Keine der beiden Parteien schien jedoch gesteigerten Wert auf den Hinweis zu legen, dass nach der abrupten Verringerung der Staatsausgaben von 1997 bis 1999 die bis zum Jahr 2004 vorgesehenen Steigerungen gerade ausreichen, um den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wieder auf das Niveau zu bringen, das die Labour-Partei von den Konservativen 1997 übernommen hatte.

Wenn der aktuelle Dreijahresplan im Jahre 2004 ausläuft, wird sich die Regierung zu alledem noch mit einer schwierigen Entscheidung konfrontiert sehen: Sollen die Ausgaben der öffentlichen Hand auch weiterhin schneller steigen als das reale BIP (was Steuererhöhungen bedeuten würde), oder soll das Wachstum der Staatsausgaben wieder an die Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft angepasst werden (wodurch zwar einerseits Steuererhöhungen vermieden, andererseits aber auch weitere Investitionen zugunsten

■ Als die von den Konservativen festgelegten Begrenzungen für die Ausgaben der öffentlichen Hand 1999 außer Kraft traten, entledigte sich die Labour-Regierung dieser Zwangsjacke und kündigte eine massive Erhöhung der Staatsausgaben für den Dreijahreszeitraum bis zum April 2001 an.

■ **Es kann kaum überraschen, dass die Regierung versucht, bei der Erfüllung ihrer Versprechungen über die öffentlichen Dienste den Privatsektor einzuspannen.**

der notleidenden öffentlichen Dienstleistungsbereiche eingeschränkt würden). Deswegen kann es kaum überraschen, dass die Regierung versucht, bei der Erfüllung ihrer Versprechungen über die öffentlichen Dienste den Privatsektor einzuspannen. Dazu könnte sie einmal die private Finanzinitiative (PFI) ausweiten, ein System, das von den Konservativen Mitte der neunziger Jahre eingeführt wurde, um den Privatsektor an der Finanzierung und am Bau von Schulen, Krankenhäusern und Straßen zu beteiligen. Seit Einführung dieser Initiative sind mehr als 400 entsprechende Vereinbarungen unterzeichnet worden. Drei im Rahmen der PFI neu erbaute Krankenhäuser haben in England bereits den Betrieb aufgenommen, 13 sind noch im Bau, und bei weiteren 47 steht der Baubeginn kurz bevor. Über den Bau bzw. die Sanierung von Schulen wurden bereits 449 Vereinbarungen abgeschlossen, und weitere 150 befinden sich angeblich in Vorbereitung.

Obwohl die Geldbeschaffung für den Privatsektor immer kostspieliger ist als für die Regierung, argumentieren die Verfechter der PFI im Wesentlichen damit, dass dieser Nachteil durch die mit der PFI verbundene Effizienzsteigerung wieder aufgewogen werde. Aus diesem Blickwinkel hat die PFI verschiedene Vorteile. Einer besteht darin, dass ein ausführendes Unternehmen aus dem Privatsektor in jeder Hinsicht zur Einhaltung der Zeit- und Kostenvorgaben motiviert ist, um eigene Verluste zu vermeiden. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass Firmen aus dem Privatsektor aufgrund der Laufzeit der einzelnen Verträge, die im Allgemeinen zwischen 20 und 30 Jahre beträgt, jeden Anreiz dazu haben, die Kosten während dieser Laufzeit so niedrig wie möglich zu halten. Für eine endgültige Bewertung der Initiative ist es vermutlich noch zu früh; die vorliegenden Indizien sind jedenfalls mehrdeutig. Auf der einen Seite zeigen die bislang gemachten Erfahrungen, dass PFI-Projekte im Allgemeinen pünktlich abgeschlossen werden, was bei konventionellen Beschaffungsprojekten kaum je zutrifft. Es wäre deshalb durchaus möglich, dass ohne die PFI einige Schulen und Krankenhäuser bislang noch nicht gebaut worden wären. Andererseits gibt es auch Fälle, die beweisen, dass die Qualität einzelner PFI-Projekte nicht immer den Anforderungen entspricht, und dass die Regierung dann

oft Schwierigkeiten mit der Durchsetzung der entsprechenden Strafklauseln hat (nicht zuletzt deswegen, weil sie immer noch gezwungen ist, bei der Lösung etwaiger Probleme mit den entsprechenden Unternehmen zusammenzuarbeiten).

Die wachsende Beteiligung des Privatsektors an der Finanzierung und am Betrieb der öffentlichen Dienste ist besonders unter traditionellen Labour-Anhängern und Gewerkschaftlern umstritten. Darüber hinaus hat die Regierung bereits klargestellt, dass als Gegenleistung für eine weitere Ausweitung der Finanzierung im Verlauf der nächsten Jahre eine Reform des gesamten öffentlichen Dienstleistungsangebots vorgesehen ist. Die Ärzte zum Beispiel werden neue Verträge unterzeichnen müssen, die ihnen einerseits zwar neue Freiheiten bieten, andererseits aber auch neue Pflichten auferlegen, wie zum Beispiel die, die Wartezeiten ihrer Patienten zu verkürzen. Auch bei der Polizei sind Reformen geplant; so sollen zum Beispiel Arbeitszeiten und Aufstiegsmöglichkeiten sowie das Ausbildungs- und Rentenwesen geändert werden. Die Beteiligung des Privatsektors an der Finanzierung und am Betrieb der öffentlichen Dienste wird zusammen mit den von der Regierung ins Auge gefassten Reformen mit fast hundertprozentiger Sicherheit auf den Widerstand der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst stoßen, was wiederum zu Arbeitskämpfen führen kann. Unison, die größte Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, hat bereits vor möglichen Streikmaßnahmen gewarnt, und die Lehrgewerkschaft NASUWT hat verlauten lassen, ihre Mitglieder seien verstört darüber, dass „die Regierung mit der Privatisierung lediglich um ihrer selbst willen kokettiert“.

Die Regierung hat, kurz gesagt, einiges vor sich, wenn sie die öffentlichen Dienstleistungen greifbar verbessern will. Es steht nicht zu erwarten, dass der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt vor 2004 wieder auf den Wert von 1997 steigt; mehr noch: Jede weitere Steigerung der Staatsausgaben wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit durch Steuererhöhungen finanziert werden müssen, und das sind Aussichten, mit denen sich die Regierung offensichtlich nur widerwillig befasst. Auch ist bis dahin noch unklar, ob die Beteiligung des Privatsektors am Bau und an der Sanierung von Schulen

■ **Die wachsende Beteiligung des Privatsektors an der Finanzierung und am Betrieb der öffentlichen Dienste ist besonders unter traditionellen Labour-Anhängern und Gewerkschaftlern umstritten.**

■ Die Regierung hat klargestellt, dass ihrer Meinung nach im Wesentlichen nur eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen eine Möglichkeit bietet, den Kontakt zu den Wählern wiederherzustellen, und sie ist sich auch bewusst, dass ihr bei den nächsten Wahlen schwere Rückschläge drohen, falls dies nicht gelingen sollte.

und Krankenhäusern von Erfolg gekrönt sein wird, besonders angesichts des Widerstandes, den die meisten Beschäftigten im öffentlichen Dienst dieser Beteiligung entgegensetzen. Da sie sich vermutlich auch mit einigen Kernpunkten der Labour-Reformen nicht abfinden werden, wird die zweite Amtszeit der Labour-Regierung wahrscheinlich von Arbeitskämpfen unterbrochen werden, von denen es in der ersten Amtsperiode nur wenige gab. Die Regierung hat klargestellt, dass ihrer Meinung nach im Wesentlichen nur eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen eine Möglichkeit bietet, den Kontakt zu den Wählern wiederherzustellen, und sie ist sich auch bewusst, dass ihr bei den nächsten Wahlen schwere Rückschläge drohen, falls dies nicht gelingen sollte. Auf dem Weg dorthin sind aber noch große Hindernisse zu überwinden.

Großbritannien und der Euro

In der Zeit vor den Parlamentswahlen wurde häufig darüber spekuliert, dass die Regierung ihre riesige Mehrheit im Parlament dazu nutzen könnte, den Anschluss an die Einheitswährung der Europäischen Union in einem Kraftakt durchzusetzen. Für diese Spekulationen waren zwei Faktoren maßgeblich. Der eine Faktor bestand darin, dass der Führer der konservativen Partei, William Hague, beharrlich erklärte, die Parlamentswahlen seien auch ein Referendum über den Euro. Wegen dieser Verbindung zwischen dem Widerstand gegen die Wirtschafts- und Währungsunion und einer Partei, die soeben zum zweiten Mal eine schwere Wahlniederlage hatte einstecken müssen, würde es – so dachte man – für die Regierung um so einfacher werden, das immer noch skeptische Wählervolk von den Vorteilen eines Beitritts zu überzeugen. Des weiteren wurde den Spekulanten durch die Sicherheit der Rücken gestärkt, mit der Tony Blair im Wahlkampf behauptete, ein zukünftiges Referendum über die WWU sei mit gut ausgearbeiteten Argumenten durchaus zu gewinnen. Mr. Blairs Überzeugung, die Wähler könnten sich mit dem Gedanken an einen Beitritt zu der europäischen Einheitswährung abfinden, wurde durch das Ergebnis einer Ende Mai durchgeführten Meinungsumfrage unterstützt, aus der hervorging, dass die traditionelle

Euro-Skepsis des britischen Wählers vielleicht doch nicht so tief sitzt wie allgemein angenommen wird.

Diese Meinungsumfrage, die von dem Marktforschungsinstitut ICM im Auftrag der Tageszeitung *The Guardian* ausgeführt wurde, zeigte auf, dass es immer noch eine starke Gegnerschaft gegen den Beitritt gibt, denn nur 25 Prozent der Befragten erklärten, für den Beitritt stimmen zu wollen, wenn sofort ein Referendum stattfände, während 61 Prozent dagegen stimmen wollten. Aus den Antworten auf ergänzende Fragen geht jedoch hervor, dass die Gegnerschaft gegen den Euro zum großen Teil auf relativ schwachen Füßen steht. Auf die Frage nach ihren Ansichten über den Euro gaben nur 41 Prozent der Befragten eine entschiedene Antwort, wobei 12 Prozent sich definitiv für und 29 Prozent definitiv gegen einen Beitritt Großbritanniens aussprachen. Von den übrigen erklärten 57 Prozent, Großbritannien solle erst einmal die weitere Entwicklung des Euro abwarten und dann eine Entscheidung fällen; zwei Prozent hatten keine Meinung. Genauso wichtig ist die Tatsache, dass 35 Prozent erklärten, sie seien definitiv für einen weiteren Verbleib in der Europäischen Union, während 33 Prozent erklärten, sie seien „eher“ dafür. Diese Unterstützung einer weiteren EU-Mitgliedschaft ist deswegen wichtig, weil man daraus den Schluss ziehen kann, dass das Lager der Euro-Befürworter durchaus als Sieger aus einer Kampagne hervorgehen könnte, bei der sich die Debatte auf eine Entscheidung zwischen einem Beitritt zum Euro und einem Austritt aus der EU polarisiert. Zugegebenermaßen handelt es sich dabei um eine hochriskante Strategie, für die sich die Regierung wohl kaum entscheiden wird. Dieses Kalkül wurde durch die Meinungsumfrage sogar bestätigt: Wenn die Frage so gestellt würde, würden sich 44 Prozent für einen Beitritt zum Euro und 38 Prozent dagegen entscheiden.

Während des Wahlkampfes sagten immer mehr Beobachter voraus, dass Ende 2002 ein Referendum bevorstehe. Was seitdem geschehen ist, hat ihre Begeisterung jedoch weitgehend gedämpft. Das erste Ereignis, das der Spekulation einen Dämpfer aufsetzte, war die Kabinettsumbildung am Tag nach den Wahlen, bei der Robin Cook (der zuletzt immer offener als Befürworter eines Euro-Beitritts hervor-

■ **Mr. Blairs Überzeugung, die Wähler könnten sich mit dem Gedanken an einen Beitritt zu der europäischen Einheitswährung abfinden, wurde durch das Ergebnis einer Ende Mai durchgeführten Meinungsumfrage unterstützt, aus der hervorging, dass die traditionelle Euro-Skepsis des britischen Wählers vielleicht doch nicht so tief sitzt wie allgemein angenommen wird.**

getreten war) von Jack Straw (dessen Begeisterung sich nach allgemeiner Ansicht in Grenzen hält) als Außenminister abgelöst wurde. Genauso bedeutsam ist die Tatsache, dass der Finanzminister, Gordon Brown, bei einer Rede im Mansion House am 20. Juni erklärte, in der Politik der Regierung sei kein Wandel eingetreten, und damit den Spekulationen einen Riegel vorschob. Er führte aus, die Regierung sei „im Prinzip“ für einen Beitritt zu einer „erfolgreichen“ Einheitswährung, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass sie fünf wirtschaftliche Prüfungen – nicht zu verwechseln mit den im Vertrag von Maastricht festgelegten formellen Anforderungen an Beitrittskandidaten – bestehe und die Wähler in einem Referendum ihre Zustimmung gäben. Wie der Premierminister im Februar vor dem Parlament erklärte, ist geplant, besagte wirtschaftliche Tests innerhalb von zwei Jahren nach den letzten Parlamentswahlen, nach jetziger Rechnung also etwa Mitte 2003, durchzuführen. Mr. Brown, der sich selbst als „realistischen Befürworter des Euro“ bezeichnete, erklärte, die Regierung werde auch weiterhin „überlegt und vorsichtig“ vorgehen.

■ Die Möglichkeit eines Beitritts zur europäischen Einheitswährung innerhalb der nächsten fünf Jahre wurde zwar von der Regierung nicht offiziell ausgeschlossen, aber die Entscheidung ist anscheinend doch gefallen. Es ist bekannt, dass Mr. Blair einen Beitritt Großbritanniens zur Wirtschafts- und Währungsunion mit mehr Nachdruck anstrebt als Mr. Brown, aber der Finanzminister hat ihn ganz offensichtlich vollständig ausmanövriert.

Die Möglichkeit eines Beitritts zur europäischen Einheitswährung innerhalb der nächsten fünf Jahre wurde zwar von der Regierung nicht offiziell ausgeschlossen, aber die Entscheidung ist anscheinend doch gefallen. Es ist bekannt, dass Mr. Blair einen Beitritt Großbritanniens zur Wirtschafts- und Währungsunion mit mehr Nachdruck anstrebt als Mr. Brown, aber der Finanzminister hat ihn ganz offensichtlich vollständig ausmanövriert. Im Endeffekt stellt sich die Lage nunmehr wie folgt dar: Die fünf Wirtschaftstests sollen zwar „innerhalb der nächsten zwei Jahre“ in Betracht gezogen werden, aber nicht vor 2003. Bis dahin wird die Regierung die Hälfte ihrer zweiten Amtszeit hinter sich haben und mit höchster Wahrscheinlichkeit so tief in Streitereien um den öffentlichen Dienst verstrickt sein, dass sie ein umstrittenes Referendum kaum riskieren wird. Hätte die Regierung wirklich die Absicht, ernsthafte Schritte in Richtung auf einen Beitritt zur Einheitswährung zu unternehmen, dann hätte sie dies direkt nach den Wahlen tun müssen. Mit ihrem Entschluss, die fünf Wirtschaftstests um weitere zwei Jahre hinauszuschieben, hat die Regierung dieses Zeitfenster

endgültig geschlossen. Deswegen ist wohl auch wahrscheinlich, dass nach der Auswertung der Tests im Jahre 2003 das Finanzministerium sie für nicht bestanden erklärt und das versprochene Referendum weiter verschiebt. Das ist durchaus möglich, denn die fünf Wirtschaftstests sind so vage und flexibel formuliert, dass die Regierung zu jeder Zeit zu jedem gewünschten Ergebnis kommen kann.

■ Die konservative Opposition

Trotz ihrer massiven parlamentarischen Mehrheit wird die zweite Amtszeit für die Labour-Regierung ganz sicher schwieriger als die erste. Die Schwierigkeiten, mit der die Regierung sich wahrscheinlich auseinandersetzen muss, sollten der konservativen Opposition reichlich Gelegenheit bieten, ihre politische Fortüne zurückzugewinnen. Ob sie das kann oder nicht, hängt davon ab, welche politische Richtung sie unter ihrer neuen Führung einschlägt. Unter der Führung von William Hague, der am Tag nach dem katastrophalen Abschneiden der konservativen Partei bei den Parlamentswahlen seinen Rücktritt erklärte, hatte sich die Partei in eine immer enger werdende Sackgasse manövriert. Zwar konnte sie mit ihrem ungehobelten Populismus und ihrer manchmal offen zutage tretenden Xenophobie fraglos ihre alternden Mitglieder begeistern, aber außerhalb der traditionellen Hochburgen der Partei in den ländlichen Gegenden Englands stieß dieses Verhalten auf wenig Gegenliebe. Während der laufenden Sitzungsperiode des Parlaments wird sich die Partei der Aufgabe widmen müssen, wieder Verbindung zu ihren Wählern in Schottland und Wales sowie in den Großstädten aufzunehmen, wo die Partei bei der Parlamentswahl 1997 kaum noch und bei den Wahlen von 2001 praktisch keinen Rückhalt mehr hatte.

Fünf Kandidaten haben sich als Ersatz für Mr. Hague aufstellen lassen: Ian Duncan Smith, David Davis, Michael Ancram, Michael Portillo und Kenneth Clarke. Von den ersten beiden Kandidaten ist zwar keiner unter den Wählern allgemein bekannt, aber beide stehen in der Partei eher rechts und betrachten sich als getreue Hüter des Erbes von Margaret Thatcher. Unter den ersten vier verfügt Mr. Portillo über das meiste Charisma, der früher in der Partei eben-

■ Die Schwierigkeiten, mit der die Regierung sich wahrscheinlich auseinandersetzen muss, sollten der konservativen Opposition reichlich Gelegenheit bieten, ihre politische Fortüne zurückzugewinnen. Ob sie das kann oder nicht, hängt davon ab, welche politische Richtung sie unter ihrer neuen Führung einschlägt.

falls eher rechts stand, sich dann aber mehr auf die Mitte zubewegte, nachdem er bei den Wahlen von 1997 den demütigenden Verlust seines Sitzes im Parlament hatte hinnehmen müssen. Sein Eintreten für mehr soziale Toleranz kam jedoch bei bestimmten Mitgliedern seiner Partei nicht besonders gut an, und der Verdacht hält sich hartnäckig, dass sein politischer Richtungswechsel zumindest zum Teil auch seinem persönlichen Ehrgeiz zuzuschreiben ist. Unter den ersten vier Kandidaten ist Mr. Portillo vielleicht auch der umstrittenste; in seiner Partei hat er genauso viele geschworene Feinde wie Bewunderer, und das könnte sich letztendlich zu seinen Ungunsten auswirken. Zu seinen Feinden gehört auch offensichtlich Mr. Ancram, ein Aristokrat und Patrizier, um den sich zwar die Partei wohl scharen könnte, dem aber höchstwahrscheinlich die Autorität und das Charisma abgehen, die er benötigen würde, um die Änderungen durchzusetzen, ohne die die Partei nicht wieder zu einer glaubwürdigen politischen Kraft werden kann.

Die ersten vier Kandidaten gehören zu den Euro-Skeptikern in der Partei. Die Meinungsumfragen zeigen zwar, dass Mr. Clarke bei den Wählern als prominenter Befürworter Europas und früherer Finanzminister bei weitem der beliebteste konservative Politiker ist, aber es ist nicht klar, ob er sich die Unterstützung der Parteimitglieder sichern kann, deren überwältigende Mehrzahl zu den Euro-Skeptikern zählt. Jedenfalls wird es sehr darauf ankommen, wie sich die Stimmen der 166 konservativen Parlamentarier in der ersten Wahlrunde verteilen. Durch die Kandidatur von Mr. Clarke werden Mr. Ancrams Hoffnungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zunichte gemacht. Mr. Duncan-Smith und Mr. Davis wiederum ähneln sich weitgehend und werden wohl die Stimmen des rechten Parteiflügels untereinander aufteilen. Damit wird für Mr. Clarke der Weg zur zweiten Wahlrunde frei. Falls er nach der zweiten Wahlrunde in einer Stichwahl gegen Mr. Portillo antreten müsste, würden ihn wohl die meisten Parteimitglieder unterstützen. Andererseits sind Vorhersagen über den Ausgang von Wahlkämpfen um die Führung der konservativen Partei oft nicht möglich, und es kann durchaus sein, dass die Parteimitglieder demjenigen Kandidaten unter den Euro-

Skeptikern des rechten Flügels ihre Stimme geben, der ihre Ansichten noch am ehesten teilt. Wie die Wahl auch immer ausgehen mag, die konservative Partei wird sich sputen müssen, wenn sie die Labour-Regierung bei den nächsten Parlamentswahlen (die 2006 anstehen) aus dem Sattel heben will. Um Labour schlagen zu können, muss bei der konservativen Partei ein Umschwung stattfinden, wie er in der politischen Geschichte Großbritanniens selten ist. Die meisten Hoffnungen könnte sich die konservative Partei wohl machen, wenn sie sich wieder zum politischen Zentrum hin bewegt, das von Mr. Blair im Moment so effektiv besetzt ist. Dabei könnte sie auf die Stimmen gemäßigter Wähler hoffen, die von der Arbeit der Labour-Regierung enttäuscht sind. Unter der Führung von Mr. Clarke hätte die Partei mit dieser Strategie wenigstens eine kleine Chance auf Erfolg. Die Alternative würde darin bestehen, einen der Kandidaten vom rechten Flügel zu wählen, um eine deutliche Trennungslinie zwischen der konservativen und der Labour-Partei zu ziehen. Damit wäre aber die Partei zu einem Jahrzehnt in der Opposition verdammt, und Mr. Blair käme einem seiner wesentlichen Ziele um einen Schritt näher: Die konservative Partei zu marginalisieren und die absolute Herrschaft über die Mitte-Links-Wähler zu übernehmen.

Das Manuskript wurde am 26. Juni 2001 abgeschlossen.

Der Text wurde von Wilfried Becker aus dem Englischen übersetzt.